

## BÜCHER

---

---

### Zu den Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Rezension von: Markus Marterbauer, *Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle*, Deuticke, Wien 2011, 255 Seiten, € 17,90.

---

---

„Zahlen bitte!“ ruft der Gast in einfachen Lokalen, wenn er seine Konsumation bezahlen möchte. Der Untertitel von Marterbauers Buch: „Die Kosten der Krise tragen wir alle“ lässt jedoch zunächst vermuten, dass damit eher der Ausruf des Wirts gemeint ist, wenn der Gast sich aus dem Lokal davonstehlen will. Demgemäß beginnt auch Kapitel 1 („Wer trägt die Kosten der Krise?“) mit der Frage: „Ist es angemessen, die Steuerpflichtigen in Österreich für die *Staatsschuldenkrise* in Griechenland, Irland und Portugal zahlen zu lassen?“ (S. 9; meine Hervorhebung, G.T.) – Die Österreicher drängen sich offenbar nicht, die (fremde) Rechnung zu bezahlen; die Verursacher sollten das tun.

Verursacher wären jedoch, betont Marterbauer, nicht die Arbeitslosen in diesen Ländern, sondern „ein ineffizientes Steuererhebungssystem, aufgeblähte Bürokratie und Budgettricks in Griechenland; ein Bankensystem, das sich hemmungslos auf dem Immobilienmarkt verspekulierte und nur noch durch Staatskapital gerettet werden konnte, in Irland; fehlende Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Portugal; der Zusammenbruch des Immobilienbooms in Spanien.“ (S. 10) Das ist unbestreitbar richtig. „Wichtiger waren“, fährt Marterbauer fort, „andere Phänomene: Geprägt von einem Herdentrieb, setzte sich bei den Finanzmarktakteuren schlagartig die Meinung durch, die Schulden könnten nicht zurückgezahlt werden, deshalb stiegen die Kosten der Versicherung von Staatsanleihen und die Zinssätze ... Angesichts der Höhe der Staatsschuld und der schlechten wirtschaftlichen Aussichten war damit die Rückzahlungsmöglichkeit tatsächlich nicht mehr gegeben. Die Staatsschuldenkrise ist in erheblichem Ausmaß eine sich selbst erfüllende Prophezeiung der vom Herdentrieb geprägten spekulativen Finanzmärkte.“ (S. 10) – unbestreitbar eine gleichfalls wichtige Ursache, doch eher der Finanz- als der Schuldenkrise.

Kapitel 2 („Liberalisierung und Ungleichheit: Verursacher der Finanzkrise“) wendet sich der Finanzkrise zu und beschreibt in klarer, für den anvisierten breiteren Leserkreis verständlicher Form deren Ursachen: mangelndes Risikobewusstsein vor allem der US-Banken, unrealistische Ertragswünsche der Anleger und Vertrauen in die Selbstregulierung der Märkte. Marterbauer hält jedoch die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen, die weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die Deregulierung der Finanzmärkte für tiefer liegende wahre Ursachen.

Als anhaltende Folgen sieht er hohe Arbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung

und weiter zunehmende Ungleichheit. Als „Lehren aus der Krise“ (Kapitel 3) zieht der Autor zunächst eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte und eine „keynesianische“ Politik der Krisenbekämpfung. Doch eine „erfolgreiche Bewältigung der Krise ... müsste bei den tieferen Ursachen ansetzen: der hohen Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen, den zunehmenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft sowie der Dominanz der liberalisierten Finanzmärkte und Banken.“ (S. 30). Die folgenden 30 Seiten widmen sich diesen Themen im Detail; es genügt hier, die Zwischenüberschriften anzuführen: „Wohlstand weltweit gerechter verteilen“, „Produktive Exportindustrie bewahren“, „Mehr importieren“ (d. h. Leistungsbilanzüberschüsse vermeiden), „Finanzsektor verkleinern“, und „Banken, die der Realwirtschaft dienen“. Das Kapitel endet mit einem pessimistischen „Ausblick: Wirtschaft schwach, Budgetdefizit und Arbeitslosigkeit hoch“ (S. 81).

Marterbauer wendet sich in den nächsten beiden Kapiteln zwei Fragen zu, die Medien und Öffentlichkeit im Gefolge der Schuldenkrise (zu Unrecht) sehr bewegen: „Droht der Staatsbankrott“ (Kapitel 4) und „Die große Inflation kommt nicht“ (Kapitel 5). Kapitel 4 geht zunächst kurz auf die Lage in den vier Krisenländern ein, konzentriert sich aber dann auf die „Auswege aus der Schuldenkrise“ (S. 89): Förderung des Wachstums in diesen Ländern mit Hilfe der EU, Senkung des Niveaus der langfristigen Zinsen sowie Abbau der Arbeitslosigkeit als mit Schuldenreduktion gleichrangiges Ziel. Der Autor kritisiert die „Mangelnde Gestaltungsfähigkeit der EU“ (S. 95) und betont, dass es „Keine ‚griechischen‘ Verhältnisse in Österreich“ gäbe (S. 97): In Österreich wäre die Budgetlage besser als in den meisten anderen Staaten, und die jüngst eingeführte mittelfristige Finanzplanung sei den EU-Vorstellungen über eine Schuldenbremse überlegen. Ein Staatsbankrott sei für Österreich nicht zu befürchten. Allerdings gibt es die saldenmechanische Problematik: Wenn der Staat seinen negativen Finanzierungssaldo (Budgetdefizit) reduzieren und der negative Finanzierungssaldo des Auslands (= österreichischer Leistungsbilanzüberschuss) nicht weiter zunehmen soll, müssen sich entweder die Unternehmen stärker verschulden (= größerer negativer Finanzierungssaldo) oder die Haushalte weniger sparen (= geringerer positiver Finanzierungssaldo). Alternativen gibt es nicht. Marterbauer will vor allem den letzteren Weg nutzen. Er schlägt dafür steuerliche Maßnahmen und Umschichtungen innerhalb der Transfers vor. Sie werden in späteren Kapiteln ausführlich besprochen.

Kapitel 5 argumentiert, wohl auch für Laien überzeugend – selbst wenn für diese Begriff und unterschiedliche Entwicklung von Liquidität und Geldmenge (Abb. 5.2) erklärungsbedürftig wären –, dass die große Inflation nicht kommt, und dass für die kommenden Jahre eher eine Gefahr von Deflation als von Inflation besteht. Etwas übertrieben ist allerdings die Aussage: „Deflation ist potenziell bedeutend gefährlicher als Inflation“ (S. 121). Frei nach Tante Jolesch: Gott soll einen hüten vor allem, was in eine dieser beiden Richtungen geht. Marterbauer weist auch richtigerweise darauf hin, dass eine von der Politik bewusst herbeigeführte Inflation zur Reduzierung der Staatsschulden durch Entwertung weder effektiv noch leicht instrumentierbar und daher unwahrscheinlich ist.

### **„Keynesianische“ Politik (für Österreich)**

Damit endet der Teil des Buches, der sich mit den Ursachen und Folgen der Finanz- (und indirekt auch der Schulden-)krise beschäftigt. Die zweite Hälfte des Buchs wendet sich generellen Fragen der österreichischen Wirtschaftspolitik zu, die schon lange kontrovers diskutiert, durch die Krise allerdings verschärft wurden. Kapitel 6, „Lob der Arbeitskräfteknappheit“, geht zunächst auf die Frage ein, ob die demografische Entwicklung tatsächlich zu der erwarteten Arbeitskräfteknappheit führen würde. Marterbauer meint, dass ganz im Gegenteil gedämpftes Wachstum, Immigrations-bedingtes Bevölkerungswachstum und die in Arbeitslosigkeit, Frühpensionierungen und Frauenerwerbsquote steckenden Reserven die Arbeitslosigkeit weiter hoch halten werden. Einerseits müssten Arbeitsplätze geschaffen werden: 1 Mrd. Staatsausgaben erzeugten 18-25.000 Arbeitsplätze, und es bestehe enormer Mangel im Erziehungs-, Bildungs- und Sozialbereich. Andererseits müsste die Arbeitszeit verkürzt werden. Marterbauer verlangt eine europäische Arbeitsmarktiniziativa im Ausmaß von 30 Mrd. Euro, die vor allem bei der hohen Jugendarbeitslosigkeit ansetzen müsste.

Kapitel 7 ist ein flammendes Plädoyer für „Sozialstaat: Sicherheit und Anerkennung für die sozial Schwachen“ als Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Die Transfers wirkten als eingebaute Stabilisatoren, verhinderten Depressionen und stabilisierten die Erwartungen; Sozialversicherung wäre nicht bloß wirksamer, sondern auch billiger als private Absicherung. Allerdings sei der Sozialstaat durch die Alterung der Bevölkerung, die zunehmende Ungleichheit der Verteilung und die neuen Familienstrukturen in Probleme geraten. Kinderbetreuungseinrichtungen sollten die Geburtenrate steigern, der Pensionsantritt sollte hinausgeschoben, die soziale Absicherung sollte zwecks Verminderung der Ungleichheit verbessert, und im Familienbereich sollten Steuerbegünstigungen und Transfers durch soziale Dienstleistungen ersetzt werden. Eine Analyse der Staatsausgaben kommt zum Schluss, dass „[d]er Versuch, den Staatseinfluss zurückzudrängen ... ganz besonders in diesen Ausgabenbereichen [Soziales, Gesundheit und Bildung] mit schwerwiegenden negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen verbunden“ wäre (S. 177). Der Sozialstaat müsse daher ausgebaut werden: Betreuungskapazitäten vor allem für 2 bis 3-jährige Kinder, Umschichtung (wie schon zuvor beschrieben) von Finanz- zu Sachleistungen im Familienbereich, Ganztagschulen und Nachmittagsbetreuung, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen für Alte, etc. Vorbilder sollten Dänemark und Schweden sein, die für alle diese Aufgaben erheblich mehr ausgeben.

Kapitel 6 und 7 schlagen aufwändige Maßnahmen vor, und damit stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Kapitel 8 fordert: „Vermögen stärker besteuern“. Der Wohlstand, Vermögen wie Einkommen, sei sehr ungleich verteilt, und Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hätten die Ungleichheit noch verstärkt. Nach einer Analyse der Verteilung und der einkommensspezifischen Steuerbelastung diskutiert Marterbauer eine allgemeine Steuer auf das Vermögen der privaten Haushalte mit großzügigen Freibeträgen, eine für Kindergärten und Pflegeleistungen zweckgebundene Grundsteuer, eine Erbschaftssteuer, eine Vermögenszuwachssteuer, eine Finanztransaktionssteuer, und, um Steuervermeidung zu ver-

hindern, eine Aufhebung des Bankgeheimnisses. Ohne genauere Detaillierung vermutet er aus dem Vergleich mit Deutschland und Skandinavien, dass das „für Österreich Zusatzeinnahmen von 2 bis 5 Milliarden Euro bedeuten“ würde (S. 213).

Kapitel 9 stellt die vieldiskutierte Frage „Brauchen wir Wirtschaftswachstum?“ Marterbauer diskutiert das unter dem Schlagwort Entkoppelung: erstens Entkoppelung von Wachstum und Vollbeschäftigungsziel: Da Wirtschaftswachstum zwar für die Beschäftigung essenziell sei, aber nicht ausreiche, Vollbeschäftigung zu erzielen, seien die Nutzung des Potentials im Sozialen Dienstleistungs- und Umwelttechnologiebereich sowie eine Arbeitszeitverkürzung erforderlich. Zweitens Entkoppelung von Wachstum und Finanzierung des Staatshaushalts durch Verschiebung von Abgaben auf Arbeit zu solchen auf Vermögen. Drittens Entkoppelung von Wachstum und Lebensstandard durch aktive Verteilungspolitik. Viertens Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch durch Investitionen in die Effizienzverbesserung. „Wirtschaftspolitik sollte es als eine ihrer wesentlichen Aufgaben ansehen, die Qualität des Wirtschaftswachstums zu steuern, indem Anreize dafür gegeben werden, dass die richtigen Bereiche wachsen.“ (S. 231)

Das abschließende Kapitel 10 schließlich stellt die Frage „Wer die Kosten tragen sollte“; es ist eine Zusammenfassung der Forderungen. Die Frage nach der Finanzierung wird bestenfalls qualitativ, keineswegs quantitativ beantwortet. Weder wird versucht, die Kosten der in den vorhergehenden Kapiteln geforderten Maßnahmen abzuschätzen, noch die Erträge der zusätzlichen Steuern. Und so schließt das Buch „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“ eher allgemein: „Selbst nach der Finanzkrise ist der Wohlstand in unserer Gesellschaft so hoch, dass sozialer Fortschritt für alle Menschen möglich ist. Zu diesem Zweck müssen wir uns allerdings auf die zentralen Werte der Arbeitsgesellschaft besinnen: Leistung und Solidarität. Eine merkbare Besteuerung von Vermögensbeständen und der Um- und Ausbau des Sozialstaates bilden die wichtigsten Eckpfeiler dieses offenen Projekts.“ (242) Offenbar geht es primär um *nationale* Solidarität.

### **Ungerechte Einkommensverteilung als Krisenursache?**

In „Zahlen bitte!“ geht es somit weniger um die Frage, ob Österreich für die griechischen Staatschulden zahlen soll; es richtet primär sich an die österreichischen Vermögensbesitzer, die für eine Verbesserung des österreichischen Sozialstaats und eine gleichmäßigere Wohlstandsverteilung zahlen sollen. Das ist eine Forderung, der der Rezensent als Teil eines breiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Programms gar nicht fern steht.

Die im Untertitel und in den ersten fünf Kapiteln angesprochene Finanz- und mehr noch die Schuldenkrise hängen aber mit den (keineswegs unberechtigten) Umverteilungsforderungen der Folgekapitel nur sehr indirekt zusammen: „Finanzkrise und Rezession sind also ein *idealer Zeitpunkt*, um über die Lehren aus der Krise für die längerfristige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Frage der Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums, den Zusammenhang zwischen dem Anstieg des BIP und wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen

und über die Spielräume für die Erreichung der Ziele des Wirtschaftens nachzudenken“ (S. 217, meine Hervorhebung G. T.).

Ermöglicht wird der Sprung von der zunächst angesprochenen *globalen* Finanzkrise zu *österreichischer* Umverteilung und Sozialpolitik dadurch, dass Marterbauer die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen als die tieferliegende wahre Ursache der Krise ansieht (S. 26). Obwohl ich selbst das Überangebot Anlage-suchender Finanzmittel als eine der Ursachen der Finanzkrise ansehe (Tichy 2010a), kann ich dem Sprung von der (griechischen) *Krise* zur (österreichischen) *Verteilung* in *dieser* Form nicht folgen: Der Auslöser der Finanzkrise, das Subprime-Debakel, war so gut wie ausschließlich eine Folge der Deregulierung der Finanzmärkte, die die Eigenkapitalerfordernisse der Banken herabsetzte und den Investmentbanken den Zugang zum Kreditmarkt öffnete.

Dell’Ariccia et al. (2008) wiesen nach, dass nicht die traditionellen Wohnbaufinanzierer die Konditionen drückten, sondern die Newcomer, die Finanzinstitutionen, die als Folge der Deregulierung auf diesen Markt eindringen konnten. Sie vergaben die Kredite nach rein formalen Kriterien ohne individuelle Prüfung, und die Kunden waren keineswegs primär Angehörige der unteren Einkommensklassen, sondern vielfach Spekulanten. Sie profitierten von der merkwürdigen Regelung, dass die Hypothekarschuldner in den USA nicht persönlich haften. Sinkt der Wert des Hauses unter den aushaftenden Kreditbetrag, können sie die Schlüssel der kreditgebenden Bank senden („ringing letters“), und sind danach von jeder Haftung frei; Spekulation ist für sie somit ohne jedes Risiko (Tichy 2010a).

Auch in Irland und Spanien beruhte der Immobilienboom primär auf Spekulation, als Folge niedriger Realzinsen. Die Finanzkrise war somit die Folge falscher Regulierung und zu niedriger Zinssätze (zu lockerer Geldpolitik); die ungleiche Einkommensverteilung kam insoweit ins Spiel, als es hohe Vermögen gab, mit denen spekuliert werden konnte. Hohe Vermögen gab es aber auch schon lang vorher, ohne dass sie Finanzkrisen auslösten, und sie lassen sich, außer durch *konfiskatorische* Vermögenssteuern, auch nicht beseitigen – solche aber schlägt Marterbauer (zu Recht) nicht vor.

Höhere Besteuerung der Vermögen trägt zwar zu einer fairen Besteuerung bei, ändert aber nichts an der *Existenz* hoher Vermögen, die (zum Teil) spekulativ angelegt werden. Insoweit war die ungleiche Vermögensverteilung zwar ein Verstärker der Krise, nicht aber ihre tieferliegende *Ursache*. Wir werden daher Finanzkrisen-vermeidende Lösungen für eine Welt finden müssen, in der es weiterhin Reiche gibt, die ihr Vermögen (aus ihrer Sicht) optimal anlegen und dabei auch spekulieren, selbst wenn es stärker besteuert wird. Strikte Regulierung der Finanzmärkte ist dafür sicherlich ein Ansatz.

Die Verschiebung der Diskussion von den drängenden Problemen der Finanz- und Schuldenkrise auf allgemeine Fragen der Umverteilung erscheint wenig zweckmäßig, weil sie zwei konkretere und derzeit wichtigere Fragen verdrängt: die eine, höchst aktuelle, die Marterbauer selbst an den Anfang von Kapitel 1 stellt und im Laufe des Buchs aber beiseite schiebt: „Ist es angemessen, die Steuerpflichtigen für die Staatsschuldenkrise in Griechenland, Irland und Portugal zahlen zu lassen?“ (S. 9);<sup>1</sup> und die vielleicht noch wichtigere, die Marterbauer besten-

falls indirekt beantwortet: Was können wir tun, um die Wahrscheinlichkeit künftiger Krisen zu verringern, und, soweit sie dennoch auftreten, ihre finanziellen und sozialen Kosten zu mildern? Beide sollen im Folgenden kurz behandelt werden.

### **Sollen die Österreicher für die Krise zahlen?**

Marterbauer wendet sich in Kapitel 1 gegen die in Österreich und Deutschland „grassierende“ Forderung, „die Sünder aus dem Süden“ selbst zahlen zu lassen, da sie nur so „wirtschaftlich vernünftiges Handeln lernen könnten“. Das wäre inakzeptabel und könnte wirtschaftlich und politisch gefährlich werden (S. 9). Der EU-Rettungsschirm wäre zwar kurzfristig hilfreich, „[m]ittelfristig kann jedoch nur eine wirtschaftliche Erholung, begleitet von einem merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, und eine aktive Verteilungspolitik gegenüber den großen privaten Vermögensbeständen die ökonomische Basis für die Verringerung der Staatsschulden bilden.“ (S. 12) Dem ist generell zuzustimmen, doch drängen sich drei Einwände auf:

Erstens „grassiert“ die Forderung, dass man die „Sünder aus dem Süden“ sich selbst überlassen sollte, selbst in Deutschland nur unter Hardlinern. Sie können glücklicherweise nicht verhindern, dass *massive Hilfe* von der nationalen wie von der EU-Politik akzeptiert ist und auch längst gewährt wird. Selbst die Europäische Zentralbank ist über ihren Schatten gesprungen. Allerdings erfolgt die Hilfe unter *Bedingungen*, von denen manche durchaus diskussionsbedürftig wären. Das Buch geht auf dieses zentrale Thema der gegenwärtigen Diskussion – wieweit und in welcher Form Bedingungen zur Änderungen von Verhaltensweisen erforderlich sind – jedoch kaum, und wenn, dann bloß implizit ein.

Zweitens gibt Marterbauer keine direkte Antwort auf die selbst gestellte Frage, ob die Österreicher zahlen sollen: Er fordert niedrige Zinssätze und weiß, dass das eine Ausweitung des EFSF, Eurobonds oder eine direkte Verschuldung der Krisenstaaten bei der EZB voraussetzt. Er geht aber über die Tatsache hinweg, dass die österreichischen Steuerzahler in allen diesen Fällen mitzahlen, beantwortet die von ihm explizit gestellte Frage somit bestenfalls indirekt und verschleierte damit dem nicht fachkundigen Leser die *unvermeidbare* Belastung. Überdies können niedrigere Zinssätze die Probleme zwar entschärfen, aber nicht lösen. Auf die zentrale Frage, welche der Lösungen vorzuziehen wären – Ausweitung des EFSF, Eurobonds, direkte Verschuldung der Krisenstaaten bei der EZB oder gar eine Insolvenz Griechenlands –, und was für Österreich und was für Griechenland günstiger wäre, gibt Marterbauer keine Antwort, er spricht sie nicht einmal an.

Drittens finden sich in dem Buch kaum Instrumente, mit denen das mittelfristige Ziel – rascheres Wachstum – erreicht werden könnte: Explizit erwähnt Marterbauer bloß bevorzugte Vergabe von Mitteln aus den Regional- und Strukturfonds der EU, 30 Mrd. Euro zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit (S. 92) – an beiden zahlt Österreich als EU-Mitglied mit – sowie niedrige langfristige Zinsen (S. 94). Wiederum im Prinzip richtig, doch tragen alle drei Maßnahmen weder zur Lösung der drängenden Finanzprobleme der *nächsten Monate* (und wie zu befürchten ist: Jahre) bei, noch reichen sie rein quantitativ zur Erreichung Schulden-reduzieren-

den Wachstums – da bedürfte es erheblich größerer Beträge, und da stellt sich wieder die (unbeantwortete) Frage wer zahlt. Es werden wohl eher die Österreicher als die Griechen sein *müssen!* Was schließlich die „aktive Verteilungspolitik gegenüber den großen privaten Vermögensbeständen“ (S. 12) betrifft, beziehen sich die Ausführungen allein auf Österreich. Kein Wort findet sich über Steuer- und Transferstruktur und Vermögensverteilung in den Krisenstaaten oder gar über institutionelle Voraussetzungen und Größenordnungen – und damit auch nichts über deren Beitrag dieser zur Überwindung der Krise. Das ist bedauerlich, da die Verteilungsproblematik vor allem in den südlichen Krisenländern wohl erheblich drängender ist als in Österreich.

Wohlvollend könnte man herauslesen, dass die Österreicher durchaus einen Beitrag leisten, in Marterbauers Terminologie also „zahlen“ sollten; schließlich spricht er von Solidarität (S. 152). Warum aber sagt er das nicht explizit, ja verschleiert die unangenehme Wahrheit sogar? Warum kommt das politisch und medial umstrittene Wort „Transferunion“ überhaupt nicht vor, obwohl die EU längst eine solche ist (wenn auch z. T. auf falschen Gebieten), und eine funktionierende Währungsunion heterogener Staaten unverzichtbar auch eine Transferunion sein muss? Und warum weicht er der Frage nach der relativen Dosierung von Finanzhilfe und Reformdruck aus, der offenbar für die Einleitung von Reformen in den Krisenstaaten unvermeidbar ist? Marterbauer wendet sich mit vollem Recht gegen die Auswirkungen des Spardrucks auf die schwächsten Teile der Bevölkerung; andererseits zeigte sich aber bisher nur zu deutlich, dass ohne den Druck der EU die Beseitigung der Mängel in der Steuererhebung, in der Verwaltung generell, aber auch das Problem der relativ zur Produktivität überhöhten Lohnforderungen nicht einmal angegangen worden wäre. Zentral wäre eine Antwort auf die Frage, wie man ausländische Regierungen, Lobbies, aber auch die Bevölkerungen zum „richtigen“ Sparen zwingen kann. Ich bin nicht so naiv, vom Autor Antworten auf diese Fragen zu erwarten – ich habe sie selbst nicht.<sup>2</sup> Aber man muss sich diesen Fragen stellen. Ein (relativ) billiges Jugendbeschäftigungs- und Konjunkturprogramm plus Vermögensbesteuerung und Sozialstaat allein kann die schweren Probleme nicht lösen, in die wir hineingeschlittert sind. Es ist unverzichtbar, gerade der breiteren Öffentlichkeit, an die sich das Buch wendet, klarzumachen, dass es bloß zwei Möglichkeiten gibt: Dass wir mit großer Wahrscheinlichkeit noch um Einiges mehr (und noch länger) zahlen müssen, als wir jetzt glauben, oder dass wir gerade die Ärmsten in den Krisenländern noch erheblich größerem Leidensdruck aussetzen als bisher.

### **Reichen Wachstum und Umverteilung zur Lösung?**

Dem Autor geht es, vor allem in der zweiten Hälfte des Buches, zu Recht um mittel- und langfristige Lösungen, letztlich um die Frage, was wir tun können, um die Wahrscheinlichkeit künftiger Krisen zu verringern, und, soweit sie dennoch auftreten, ihre finanziellen und sozialen Kosten zu mildern. Reichen dafür rascheres Wachstum und Umverteilung?

Finanzkrisen waren in der Vergangenheit gar nicht so selten,<sup>3</sup> und die zunehmende Komplexität des Wirtschafts- und Finanzsystems erhöht die Wahrschein-

lichkeit ihres künftigen Auftretens. Währungsunionen sind für Finanzkrisen besonders anfällig, da sich die Mitglieder in einer Währung verschulden müssen, die sie selbst nicht beeinflussen können;<sup>4</sup> der Ausweg einer Abwertung ist ihnen verbaut. Und besonders krisenanfällig sind Währungsunionen vom Typ der europäischen mit heterogenen Mitgliedern und ohne harmonisierte Fiskalpolitik. Da die weniger entwickelten Mitglieder der Währungsunion höhere Inflationsraten haben (zur allmählichen Angleichung ihres niedrigen Preisniveaus an das höhere der höher entwickelten Mitglieder), bedeutet der einheitliche EZB-Nominalzinssatz für sie niedrige Realzinsen. Diese und die damit verbundene Privatverschuldung waren auch der wichtigste Grund für die Spekulations- und Immobilienpreisblasen in diesen Ländern, und, gemeinsam mit der problematischen Wirtschaftspolitik, die Ursache ihrer Schuldenkrise. Weiters stellt sich in der heterogenen europäischen Währungsunion das Problem der Konkurrenzfähigkeit und der unterschiedlichen Sozialstandards; eine Angleichung zu fordern (S. 6) fällt leichter, als sie mit Konkurrenzfähigkeit kompatibel zu machen.

Es ist wichtig, der Öffentlichkeit und selbst Fachkreisen bewusst zu machen, dass Krisen immer wieder passieren und dass die europäische Währungsunion besonders krisenanfällig ist. Es bedarf daher zahlreicher und tiefgreifender Reformen, um diese Schwäche abzumildern. Einige führt Marterbauer auch an: neben den bereits erwähnten Maßnahmen Wachstum und Umverteilung, die für Krisenbekämpfung- und -vermeidung notwendig, aber keineswegs hinreichend sind, vor allem „Finanzsektor verkleinern“ (S. 68) und „Banken, die der Realwirtschaft dienen“ (S. 74). Beide Empfehlungen sind richtig und wichtig, aber nicht leicht umsetzbar; noch wichtiger wäre die Reduzierung der Komplexität des Finanzsektors, dessen Struktur und Transaktionen für niemanden, Beteiligte wie Aufsichtsbehörden, mehr durchschaubar ist. Darin steckt ein enormes Gefahrenpotenzial.<sup>5</sup> Und was für den Finanzsektor gilt, gilt auch für die komplexe Verflechtung der globalisierten und auf Effizienz durchrationalisierten Wirtschaft. Kleine Störungen an irgendeiner Stelle verbreiten sich rasch und selbstverstärkend über die ganze Welt. Auch diesbezüglich wird man über eine Verringerung der Komplexität nachdenken müssen.

Das alles ist allerdings leichter zu fordern als entsprechende Instrumente zu finden und durchzusetzen. Höhere Eigenkapitalquoten, Finanztransaktionssteuer sowie Verbot bestimmter Organisationsformen und Produkte allein reichen dafür sicherlich nicht aus. Krisenbekämpfung- und -vermeidung in einer Währungsunion bedarf mehr: Als – nach meiner Ansicht – wichtigste seien angeführt: eine Fiskalunion in Form EU-weiter automatischer Stabilisatoren, eine Transferunion strukturelle Probleme betreffend, Harmonisierung der Budgetpolitik, die an den Ausgaben (statt am endogenen Budgetsaldo) ansetzt, sowie Regeln über die Insolvenz von Staaten und systemrelevanten Banken. Bei alledem stellt sich natürlich auch die Frage, wer die Kosten dieser Maßnahmen trägt. Unvermeidlich sind das die reicheren Länder, also auch Österreich – darum kommen wir nicht herum. Das aber muss Politik, Medien und Öffentlichkeit bewusst gemacht werden, und das müssen sie auch akzeptieren. Die Ablenkung auf den (unvermeidlichen) Beitrag der reicheren Personen lenkt von diesem zentralen Tatbestand ab.



### Sozialstaat und Besteuerung (in Österreich)

Die Kapitel 6 bis 10 widmen sich, wie erwähnt, wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen und den Spielräumen für die Erreichung der Ziele des Wirtschaftens in *Österreich*. Die Krisenstaaten und deren Probleme geraten dabei weitgehend aus dem Blickfeld, „Zahlen bitte!“ erhält dadurch einen anderen Gehalt. Großteils hätten diese Kapitel vor der Finanzkrise genauso geschrieben werden können, und diese Themen werden tatsächlich auch schon lange diskutiert. Die einzelnen Reformvorschläge des Autors wurden im zweiten Abschnitt dieses Besprechungsaufsatzes beschrieben und sollen hier nicht wiederholt und auch nicht im Detail diskutiert werden. Sie bieten reiches Datenmaterial über österreichische Demografie, Verteilung, Steuerstruktur und drängen auf eine Vielzahl von Reformen. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass ich viele davon, jedenfalls der Art nach, für richtig halte. Dennoch gibt es Einwände in vierfacher Hinsicht:

Erstens können manche der Vorschläge wenig überzeugen. So etwa die Forderung, die Jugendarbeitslosigkeit durch eine „Ausweitung der Studienplätze auf Universitäten und Fachhochschulen“ zu bekämpfen. Das „könnte dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit unter den 20- bis 25-Jährigen von ihrem Rekordniveau in der Höhe von mehr als 30000 zu verringern (S. 175f.). Kann das bei einer spanischen oder griechischen Jugendarbeitslosigkeit von 50% wirklich helfen? Andererseits mag die Schaffung von 100-150.000 zusätzlichen Arbeitsplätze im Bereich Kinderbetreuung und Pflege nach dem Vorbild Dänemarks oder Schwedens zwar wichtig und sinnvoll sein, aber von Ausbildung wie Finanzierung bloß auf lange Sicht realisierbar. Auch wäre es hilfreich, die immer wieder verwendeten Begriffe „emanzipatorische“ und „keynesianische“ Politik zu definieren. Offenbar sind die beiden Synonyme, mit denen eine Politik des hydraulischen Keynesianismus im Sinn von Coddington (1976) gemeint ist; manchmal lässt sich aber der Eindruck nicht vermeiden, dass einfacher Fiskalismus gemeint ist.<sup>6</sup> Letztlich sind das aber weniger wichtige Details.

Schwerer wiegt, dass der zweite Teil des Buchs statt eines Konzepts bloß exemplarische Beispiele anführt, Vor- und Nachteile nicht gegeneinander abwägt und wenig Rücksicht auf Realisierbarkeit nimmt. Die Kosten der Maßnahmen und die Erträge der zusätzlichen Steuern und Abgaben werden nicht einmal größenordnungsmäßig abgeschätzt. Auch setzt Marterbauer keine Prioritäten, obwohl seine Vorschläge bestenfalls schrittweise verwirklicht werden könnten. Die Argumente der Gegner der jeweiligen Maßnahmen werden nicht behandelt, auch die verwendete Literatur beschränkt sich weitgehend auf Befürworter und Eigenzitate.

Drittens stört das undifferenzierte Vertrauen in die Politik und in die Wirkung von Instrumenten. Unzweifelhaft ist Vertrauen in die Selbstregulierungskraft der Märkte, vor allem der Finanzmärkte, ungerechtfertigt, aber es gibt nicht bloß *Markt-*, sondern auch *Politikversagen*. Marterbauer bringt selbst Beispiele: „ein ineffizientes Steuererhebungssystem, aufgeblähte Bürokratie und Budgettricks in Griechenland“ (S. 9f.), das benign neglect der „leichtsinnigen privaten Verschuldung“ und der Immobilienblasen durch die Politik in Irland und Spanien (S. 87f.), oder die Jugendarbeitslosigkeit-fördernden Regulierungen in Schweden und Däne-

mark (S. 185). Der zweite Teil des Buchs ist dennoch von vollem Vertrauen in die Fähigkeit des Staats getragen, die richtigen Maßnahmen zu setzen, effiziente Arbeitsplätze in großem Umfang zu schaffen, die dafür nötige Finanzierung zu sichern und die Verteilung fair zu korrigieren. Die Gefahr von Fehlentscheidungen, des wahlbedingt kurzen Zeithorizonts, Probleme des Lobbyismus oder der möglichen Eigeninteressen der Politiker werden nicht thematisiert; dementsprechend gibt es in dem Buch auch keine Kautelen dagegen.

Schließlich leidet der Maßnahmenkatalog auch an instrumentellen Defiziten: In einer offenen Wirtschaft sind sozialpolitische und – mehr noch – steuerpolitische Alleingänge bloß in Grenzen möglich. Obwohl die Besteuerung der Vermögen in Österreich im internationalen Vergleich wie relativ zur Besteuerung der Arbeits-einkommen außerordentlich niedrig und daher reformbedürftig ist, gilt es nicht bloß den Widerstand der Lobbys zu überwinden – das ist Aufgabe der Politik –, sondern Besteuerungsformen zu finden, die in einer offenen Wirtschaft möglich und mit den Urteilen der Höchstgerichte kompatibel sind – das ist Aufgabe der Experten. Diesbezüglich bleibt das Buch hinter der laufenden Diskussion bedauerlicherweise eher zurück. Man kann nicht einfach annehmen: „Eine merkliche Erhöhung des Beitrags der Reichen zur Finanzierung des Gemeinwesens wird auch keine merkliche Steuerflucht auslösen: Die Reichen schätzen die öffentliche Infrastruktur und das Kulturangebot; ...“ (S. 202). Dass viele – nicht bloß Griechen, sondern auch Österreicher – im Inland Infrastruktur und Kultur genießen und im Ausland Vermögen halten, ist nicht bloß weithin bekannt, sondern auch einer der zentralen Inhalte der Steuerdiskussion. Es gilt Besteuerungsformen zu finden, die weniger Möglichkeiten zur Steuerflucht bieten.

Wer in dem Buch Ansätze zur *Lösung* der weltweiten Finanz- und Staatsschuldenkrise sucht, wird enttäuscht werden. Auch die Eingangsfrage: „Ist es angemessen, die Steuerpflichtigen in Österreich für die Staatsschuldenkrise in Griechenland, Irland und Portugal zahlen zu lassen?“ (S. 9) wird nicht ausreichend beantwortet. Über die Aufteilung der Kosten der Sanierung (bzw. Rettung) der süd-europäischen Krisenländer zwischen ihnen und den wohlhabenden Staaten – und damit auch Österreich – erfährt der Leser nichts. Dennoch kann der anvisierte breitere Leserkreis von dem Buch, trotz seiner Heterogenität und der nicht unbedingt neuen Ausführungen der zweiten Hälfte, profitieren. Er erfährt Relevantes über die Triebkräfte der Finanzkrise und ihre vieldiskutierten und von den Medien weit überschätzten Gefahren, vor allem Staatsbankrott und Inflation betreffend; er profitiert auch von den materialreichen Darstellungen über österreichische Demografie, über Beschäftigungsrisiken und Arbeitslosigkeit, über Entkoppelung von Wachstum und Vollbeschäftigung, von Wachstum und Finanzierung des Staatshaushalts sowie von Wachstum und Lebensstandard; weiters über Verteilung und Sozialpolitik und den diesbezüglichen Reformbedarf – allerdings: alles fast ausschließlich Österreich-bezogen. Für Antworten auf die Frage, wie man die globale Finanz- und Schuldenkrise vor allem kurz-, aber auch mittelfristig überwinden kann, und wer wann dafür wie viel zahlen muss, muss man auf andere Arbeiten zurückgreifen.

## Literatur

- Coddington, A., 1976, Keynesian economics: The search for first principles, *Journal of Economic Literature* 14 (4), 1258-73.
- Dell'Ariccia, G. et al, 2008, Credit booms and lending standards: Evidence from the subprime mortgage market, Centre for Economic Policy Research, Discussion Paper No. 6683.
- Kopf, C., 2011, Restoring financial stability in the Euro Area, CEPS Policy Brief 237. <http://ssrn.com/abstract=1797509>.
- Reinhart, C. and V. Reinhart, 2010, After the Fall, Federal Reserve Bank of Kansas City, Jackson Hole Symposium, <http://www.kansascityfed.org/publicat/sympos/2010/2010-08-17-reinhart.pdf>.
- Tichy, G., 2010a, Bankenkrise oder falsche Anreizsysteme in der Rentiergesellschaft, in: Brünner, Christian et al. (Hg.): *Mensch – Gruppe – Gesellschaft: Von bunten Wiesen und deren GärtnerInnen*. Manfred Prisching zum 60. Geburtstag, Wien: nww, 475-487.
- Tichy, G., 2010b, Reicht Bankregulierung zur Vermeidung schwerer Finanzkrisen? in G. Kubon-Gilke et al Hg., *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik Band 10: Ökonomik in der Krise*, 65-91.
- Tichy, G., 2011, Die Schuldenkrise. Ursachen und Folgen, *Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung* 84 (12), 797-810. [\\bak.intern\dfs\USER\mmesch\WINWORD\WuG\WuG2\prisching\\_0475-0488.pdf](http://bak.intern\dfs\USER\mmesch\WINWORD\WuG\WuG2\prisching_0475-0488.pdf).
- Tichy, G., 2012, Der missbrauchte Keynes, in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 2 (2012) 184-195.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Die Formulierung ist nicht unproblematisch weil mehrdeutig und vielleicht auch etwas suggestiv. Sind die griechischen oder die österreichischen Steuerpflichtigen gemeint, und wer Anderer als Steuerpflichtige könnte überhaupt zahlen? Auch die Vermögenssteuer zahlenden Reichen sind ja Steuerpflichtige! Unwillkürlich denkt man bei der Formulierung aber primär an den „kleinen Mann“, und das ist vom Autor wohl auch nicht ganz ungewollt.
- <sup>2</sup> Siehe dazu allerdings Tichy (2011).
- <sup>3</sup> Reinhardt and Reinhardt (2010).
- <sup>4</sup> Kopf (2011).
- <sup>5</sup> Tichy (2010b).
- <sup>6</sup> Siehe dazu Tichy (2012).

---



---

### **Die kurze Renaissance keynesianischer Wirtschaftstheorie**

Rezension von: Harald Hagemann, Hagen  
Krämer (Hrsg.), Keynes 2.0 – Perspek-  
tiven einer modernen keynesianischen  
Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik,  
Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft  
Bd. 23, Metropolis, Marburg 2011,  
434 Seiten, € 24,80.

---



---

Der vorliegende Sammelband stellt die Aufarbeitung ausgewählter Arbeitspapiere einer Tagung des „Arbeitskreises Politische Ökonomie“ und der „Keynes-Gesellschaft“ aus dem Herbst 2009 dar (S. 13). Damit werden sowohl das Hauptthema, nämlich die Bedeutung der keynesianischen Theorie in der heutigen Zeit und im Besonderen die Möglichkeiten zur Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, als auch die „Stimmung“ der Papiere in Bezug auf die Bedeutung der keynesianischen Theorie deutlich.

Ruft man sich in Erinnerung, dass im Herbst 2009 in den USA, aber auch von den europäischen Regierungen der verstärkte Einsatz fiskalpolitischer Maßnahmen ratifiziert worden war, wurde scheinbar ein zweiter Höhenflug der keynesianischen Theorie eingeläutet. Dass diese Hoffnung enttäuscht und der Anflug einer keynesianischen Trendwende in der europäischen Wirtschaftspolitik zugunsten einer scheinbar europaweiten Austeritätspolitik abgelöst wurde, ist freilich heute (im Jahr 2012) evident, spiegelt jedoch nicht die Hoffnungen des Jahres 2009 wider.

So schreiben die beiden Herausgeber Hagemann und Krämer schon in der Einleitung: „Die jüngste Finanz-

und Wirtschaftskrise hat damit innerhalb kürzester Zeit zu einer erstaunlichen Renaissance von Keynes, einem großen Interesse an seinem Werk und zu einer Wiederentdeckung seiner Lehren geführt“ (S. 7). Freilich sind sich die Herausgeber in der Einleitung auch des Abklingens des Interesses an Keynes vornehmlich durch die sich bessernden Wirtschaftsdaten in den Jahren 2010 und 2011 bewusst und reflektieren damit auch die Beiträge im Sammelband.

Insgesamt ist die Grundstimmung des Sammelbandes zwar nunmehr nicht mehr aktuell, wohl aber nachvollziehbar und verdeutlicht die wirtschaftstheoretische und -politische Dynamik, die durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 ausgelöst wurde. Vor diesem Hintergrund sehen die Herausgeber die Bündelung der Fragen für den vorliegenden Band: Ist Keynes quasi als historisches Relikt zu verstehen, dass in speziellen Zeiten einer nachfrageseitigen Krise kurzfristig anzuwenden ist, oder aber bedingt die empirische Evidenz der herrschenden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, dass das derzeit herrschende Paradigma einer neoliberalen Wirtschaftspolitik zu überdenken ist?

Sollte von Letzterem ausgegangen werden, muss man sich im Anschluss fragen, welche Elemente der keynesianischen Theorie für die heutige wirtschaftliche Lage adaptiert werden müssen, schließlich stehen wir heute vor einer anderen wirtschaftlichen – im Wesentlichen institutionell/strukturell unterschiedlichen – Ausgangslage. Die vorliegenden 14 Beiträge – wobei hier nicht auf alle Beiträge eingegangen werden kann – lassen sich jedoch nicht nur, wie von den Herausgebern beschrieben – entlang diesen Fragestel-

lungen bündeln, sondern folgen insgesamt drei unterschiedlichen Stoßrichtungen:

- Bedeutung wesentlicher krisenbestimmender Elemente in der keynesianischen Theorie:

Dabei steht zweifelsohne die Verortung der Bedeutung der internationalen Finanzmärkte im Vordergrund. Jürgen Kromphardt analysiert in seinem Beitrag die Entwicklung internationaler Finanzmärkte vor diesem Hintergrund und verdeutlicht deren Position in den Zeiten von Keynes. Dabei macht er klar, dass die „General Theory of Employment, Interest and Money“ eben nicht als Krisentheorie konzipiert ist, sondern als allgemeine Theorie (S. 28).

Direkt an der Bedeutung der Finanzmärkte schließt auch der Beitrag von Eckhard Hein und Achim Truger an. Zum einen verdeutlichen die beiden Autoren die Bedeutung der steigenden Finanzialisierung der Ökonomie, die durch die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte in Gang gesetzt wurde. Zum anderen verweisen die beiden Autoren jedoch auch auf die Bedeutung der Einkommensverteilung und zeigen, dass dieser Aspekt in der „General Theory“ selbst zu kurz kommt, heutzutage jedoch einen wesentlichen Faktor für die herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise darstellt.

Den historischen Bogen zwischen den ökonomischen Möglichkeiten zu Zeiten von Keynes und der heutigen wirtschaftlichen Lage spannt Harald Hagemann, indem er den Beitrag von John Maynard Keynes aus dem Jahr 1930 „Economic Possibilities for our Grandchildren“ ins Zentrum seiner Analysen stellt.

- Abgrenzung vom ökonomischen *Mainstream*:

Während Jürgen Kromphardt in seinem Beitrag um eine historische Aufarbeitung der Finanzkrise der 1930er-Jahre bemüht ist und im Zuge dessen auch die Position der neukeynesianischen Makroökonomie am Ende des Beitrags kurz reflektiert, widmet sich Peter Spahn in seinem Beitrag ganz der Kritik an der neukeynesianischen Makroökonomie. Seine Kritik baut auf der Tatsache auf, dass die konzeptionelle Entstehung von Krisen nicht ausreichend in der Theorie verankert wird (S. 54). Daher, so schließt Spahn, kann auch der nunmehr stark propagierte Ansatz der neukeynesianischen Makroökonomie, der u. a. auch von Notenbankern wie Ben Bernanke vertreten wird, nicht zu einem adäquaten Umgang mit der derzeitigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise führen.

Neben Peter Spahn widmen sich auch Schettkat und Sun, sowie Heinz Kurz der Abgrenzung der keynesianischen Theorie von der Mikrofundierung der neukeynesianischen Makroökonomie.

- Deutung der Wirtschaftspolitik nach der Krise in der Richtung einer keynesianischen Wirtschaftspolitik:

Während sich die oben genannten Beiträge auf einer theoretischen Ebene mit den konzeptionellen Schwächen des modernen Bildes des Neukeynesianismus auseinandersetzen, widmet sich eine weitere Argumentationslinie des Sammelbandes dem wirtschaftspolitischen Wandel durch den Ausbruch der Finanzkrise von 2008 und der Reflexion der neukeynesianischen Wirtschaftspolitik.

In diesem Zusammenhang äußert sich Oliver Landmann weitaus moderater in seiner Kritik als beispielsweise Peter Spahn, indem Landmann die Polarisierung zwischen nachfrageseitiger

und angebotsseitiger Wirtschaftspolitik überwinden möchte. Im Zentrum seiner Betrachtung steht der sog. „*two-handed approach*“ der Beschäftigungspolitik. Landmann kommt zu dem Schluss, dass Angebots- und Nachfragepolitik aufeinander abgestimmt werden, ineinander greifen müssen (S. 92-93). Damit weicht er die Annahmen von Keynes auf, dass Arbeitslosigkeit ein Problem ist, dass am Gütermarkt entsteht. Vielmehr scheint er die Konzeption der NAIRU anzuerkennen und nach geeigneten Möglichkeiten für eine effektive Umsetzung dieses neukeynesianischen Konzepts zu suchen.

Dem Element der Abgrenzung von der neuen keynesianischen Makroökonomie wird viel Raum gegeben. Gleichzeitig scheint jedoch auch eine Integration von neukeynesianischen Ansätzen möglich zu sein, folgt man dem konziliananten Beitrag von Oliver Landmann. Woran es dem Sammelband, der Beiträge in großer konzeptioneller und theoretischer Breite vereint, mangelt, ist die Formulierung einer tatsächlichen Alternative zum herrschenden Paradigma.

Der positive Tenor, wonach die keynesianische Ökonomie nicht in den 1930er-Jahren verharret ist, sondern ebenso wie der ökonomische *Mainstream* auch außerhalb der neoklassischen Synthese und der neuen keynesianischen Makroökonomie Weiterentwicklungen erfahren hat, wird durch die Vielzahl an Beiträgen, die sich um eine strikte Abgrenzung von diesen theoretischen Konzeptionen bemühen, jedoch keine wirtschaftspolitische Alternative zeigen, getrübt.

Daher erscheint es aus heutiger Sicht nur nachvollziehbar, dass die kurze Phase keynesianischer Wirtschaftspolitik des Jahres 2009 rasch wieder von einer wirtschaftspolitischen Rückkehr zum „*business as usual*“ abgelöst wurde. Das heißt nicht, dass es keine Vorschläge gibt. Auch hier zeigt dieser Band quasi symptomatisch die Vorgangsweise der heutigen keynesianischen Theorie. Wichtige wirtschaftspolitische Maßnahmen werden diskutiert, doch der Diskurs wird durch die dichte theoretische Auseinandersetzung und den Wunsch nach Abgrenzung vom herrschenden Paradigma dominiert.

Elisabeth Springler

---



---

## Die Entstehung der Spieltheorie

Rezension von: Robert Leonard, *Von Neumann, Morgenstern, and the Creation of Game Theory. From Chess to Social Science, 1900-1960*, Cambridge University Press, Cambridge 2010, xii + 390 Seiten, € 78.

---



---

Es gibt unterschiedliche Ansätze zur Darstellung der Geschichte ökonomischer Theorie. So könnte man schildern, was eine Generation von Ökonomen von den früheren gelernt hatte und durch Aufdecken von Ungereimtheiten in der alten Theorie diese in eine bessere transformierte. Die Geschichte der Volkswirtschaftslehre wird als ein Lernprozess dargestellt. Die handelnden Personen, nämlich die Autoren der neuen Theorien, vollziehen die notwendige Entwicklung. In so einer Behandlung des Themas wird ein Fortschritt in der Theorie gezeigt. Der eigentliche historische Prozess wird dabei kaum behandelt.

Robert Leonard, Professor an der Université du Québec à Montreal, stellt in seinem Buch eine andere Frage: Welche Gegebenheiten und Umstände hatten dazu geführt, dass der Ungar und Jude John von Neumann und der Österreicher Oskar Morgenstern in den USA ein Buch geschrieben haben, dessen Inhalt zunächst nur wenig Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaftstheorie genommen hat, aber den Anstoß zur Entwicklung von seit ungefähr vierzig Jahren sehr wichtigen Instrumenten für Analysen der Wirtschaft gab?

Das Buch hat drei Teile. Im ersten Teil wird die Entwicklung von Neumanns bis zu den ersten Darstellungen

des Minimax-Theorems im Jahr 1928 geschildert, im zweiten diejenige von Morgenstern bis zu seiner Emigration in die USA. Im dritten Teil schließlich wird die Zeit der beiden in den USA dargestellt. Dieser Teil beinhaltet das Entstehen des gemeinsamen Werks zur Spieltheorie und anschließend die Teilnahme jedes der beiden an der Analyse militärischer Strategien zunächst während der Endphase des Weltkrieges und dann im beginnenden Kalten Krieg.

Es begann mit Schach, einem Spiel. Emil Lasker, der die ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts führende Spieler, reflektierte seine Erfahrungen aus dem Schachspiel in einem Buch, in dem explizit die Situation des Kampfes auf soziale Interaktionen und die Wirtschaft übertragen wurde. Der Mathematiker Zermelo, einer der Begründer der axiomatischen Mengenlehre, benützte diese für eine mathematische Analyse des Schachs im Jahr 1912. Die Analyse strategischen Handelns war somit ein von den besten Mathematikern ihrer Zeit anerkannter Gegenstand dieser Wissenschaft. Immerhin war Zermelo Professor in Göttingen, eines der damaligen Zentren der Mathematik. von Neumann – Leonard weist darauf hin, dass das Genie darauf Wert legte, dass das „von“ immer angeführt und auch am Anfang eines Satzes mit kleinem „v“ geschrieben wird – studierte Mathematik in Göttingen. Er war auch Schachspieler. Die Analyse des Schachspiels war freilich nicht nur Gegenstand der Mathematik, sondern auch der Psychologie, also der Wissenschaft von menschlichem Handeln nicht nur als Ergebnis rationaler Kalküle, sondern auch von Empfindungen und spontanen Reaktionen. Auch diese Spur zur modernen Spiel-

theorie wird von Leonard kurz angeführt.

Von diesem einführenden Kapitel könnte man direkt zu den frühen spieltheoretischen Arbeiten von Neumanns kommen. Leonard will aber mehr. Es geht ihm um die Darstellung des politischen und kulturellen Umfelds dieser Entwicklung. Zunächst kommen einige Seiten über die Position der assimilierten jüdischen Bürger in Ungarn und daran anschließend über den Beitrag ungarischer Mathematiker zu dieser Disziplin im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Weiter geht es mit einer Darstellung der Diskussionen um eine neue Fundierung der Mathematik. Göttingen war eines der Zentren dieser Erneuerung. Es ging um die Frage, ob man sich in der Mathematik damit begnügen könne, vermutete Aussagen mit den bekannten Methoden zu beweisen oder zu widerlegen – als Intuitionismus bezeichnet –, oder ob nicht eine Fundierung der Mathematik in Systemen mit wenigen Basissätzen notwendig sei – als Axiomatik geführt.

Göttingen war mit David Hilbert ein Zentrum der Axiomatik. In diesem Umfeld verfasste von Neumann neben Arbeiten zur aufkommenden Quantentheorie seine erste und für längere Zeit einzige Arbeit zur Spieltheorie. Im Jahr 1928 wurde sie in einem der führenden mathematischen Journale veröffentlicht. Die wesentliche Erneuerung gegenüber der bereits existierenden Literatur war die Verbindung von zwei Aspekten. Schach ist ein rein strategisches Spiel. Es gibt keinen Zufall, außer demjenigen möglicher Fehler der Spieler. Deren Analyse wurde als Objekt der Psychologie gesehen. Bei anderen Gesellschaftsspielen, vor allem Kartenspielen, hat der Zufall hingegen erhebliche Bedeutung. Die Spieler ha-

ben wenig Information über die Situation der Kontrahenten und müssen die daraus resultierende Unsicherheit in ihre Spielstrategie einbeziehen. von Neumanns Leistung bestand nun darin, dass er die Berücksichtigung von Wahrscheinlichkeiten in der optimalen Strategie in einem axiomatischen Verfahren analysierte und sich nicht auf Konzepte der Psychologie stützte.

Der zweite Teil des Buches schildert die Bedeutung von Wien für das Entstehen der Spieltheorie als Methode der Ökonomie. Oskar Morgenstern begann 1922 mit dem Studium der Staatswissenschaft an der Universität Wien und konzentrierte sich dabei auf die Volkswirtschaftslehre. In dem Konflikt zwischen dem unter dem Titel „Ganzheitslehre“ firmierenden Ideen und den Anhängern der Österreichischen Schule schlug sich Morgenstern zunächst auf die Seite Spanns, wechselte aber bald die Seiten. Die Österreichische Schule ihrerseits lehnte die sich international langsam durchsetzende Orientierung der Analyse am wirtschaftlichen Gleichgewicht ab, deren wichtigster Vertreter unter den Österreichern, nämlich Joseph Schumpeter, nicht mehr in Wien weilte. Die in Österreich dominierende Richtung der Wirtschaftstheorie lehnte es ab, in der Analyse von jeweils gegebenen Präferenzen, Technologien und Informationen auszugehen. Vielmehr sei es Aufgabe der Wirtschaftstheorie, deren Entstehen mit entsprechenden Methoden zu analysieren. Sie wollte verstehen, was Änderungen im Wirtschaftsablauf bewirken und welche Ursachen sie haben. Mit dieser Diskussion verbunden war die Frage nach der Bedeutung der Mathematik in der Ökonomie. Die Österreichische Schule lehnte sie weitgehend ab.



Von besonderer Bedeutung war diese Frage für die damals beginnende Analyse von Veränderungen der aggregierten Wirtschaftsaktivität. Im Rahmen einer Gleichgewichtstheorie werden diese Veränderungen als Schwankungen um einen Gleichgewichtswert gesehen. Morgenstern stellte dabei folgende Frage: Wie sind Wirtschaftsprognosen möglich, wenn diese über die Beeinflussung der Erwartungen über zukünftige Zustände der Wirtschaft schon deren gegenwärtigen Zustand beeinflussen? In seinem Buch über Wirtschaftsprognosen bot er keine Lösung für diese Frage, und sie wurde für lange Zeit aus der Analyse verdrängt. Erst im Zusammenhang mit der sich langsam perpetuierenden Inflation ab den 60er-Jahren bekam sie wieder Bedeutung. Aber auch heute nimmt man dieses Problem nicht immer wahr. Dass die Ratingagenturen gerade dann, wenn sie seriös und gut arbeiten, den Zustand der Welt nicht nur beobachten, sondern genau dadurch auch verändern, ist letztlich das gleiche Problem.

Anders als von Neumann, der in einer engen fachlichen, aber regional sich über viele Länder Europas erstreckenden intellektuellen Entwicklung aktiv war, nahm Morgenstern an einer breiten Diskussion über mehrere Disziplinen und über Politik in einem kleinen geografischen Raum teil. Leonard stellt die Verbindung zum Wiener Kreis dar, zu Karl Menger, der mit Methoden der Mathematik unter anderem Fragen der Ethik analysierte. Wichtig für die spätere Entwicklung der Spieltheorie war auch die Verbindung von Morgenstern mit den Mathematikern, die anders als die Österreichische Schule mit den Gleichgewichtstheoretischen Konzepten der Ökonomie arbeiteten, darunter

Karl Menger, Franz Alt und vor allem Abraham Wald. In diese Periode fiel auch seine Bekanntschaft mit von Neumann. Letzterer präsentierte in Wien im Mathematischen Kolloquium sein lineares Wachstumsmodell.

Die Darstellung der Entwicklung Morgensterns ist in dem Buch verbunden mit einer ausführlichen Darstellung der politischen Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit, die mit der Emigration der meisten Protagonisten dieser wissenschaftlichen Kreise endete.

Der letzte Teil des Buches schildert das Wirken der beiden in den USA. Auch hierbei bleibt Leonard seiner Methode der breiten Darstellung treu. von Neumann war einer aus dem Treck der prominenten akademischen Emigranten und Flüchtlinge, die in den USA vergleichsweise leicht aufgenommen wurden. Bei von Neumann führte das nicht nur zu einer geografischen Verlagerung – er fand eine Position im von einer Privatstiftung unterstützten „Institute for Advanced Studies“ in Princeton –, sondern auch zu einem anderen Interessengebiet, nämlich einer erneuten Arbeit an gesellschaftlichen und politischen Problemen, die er mit den zu entwickelnden Methoden der Spieltheorie zu analysieren begann. Es ging nicht mehr um Gesellschaftsspiele, sondern um fundamentale politische Konflikte und um Strategien im Krieg. Es begann mit einer Verallgemeinerung der Ergebnisse der Arbeit über die Zwei-Personenspiele aus dem Jahr 1928: Es gibt drei Personen. Daher sind Koalitionen möglich. Die Analyse benötigte eine neue Basis.

In Princeton war auch Morgenstern gelandet, der von einem USA-Aufenthalt im Winter 1938 nicht mehr nach Wien zurückkehrte. Es begann die ge-

meinsame Arbeit an dem Werk, das 1944 unter dem Titel „Theory of Economic Games and Economic Behavior“ publiziert wurde. Die mathematische Behandlung ist vor allem von Neumanns Verdienst, die Anwendungen brachte Morgenstern ein. Leonard weist in seiner Darstellung auf die Auseinandersetzung in der Mathematik zwischen den Axiomatikern im Gefolge von Hilbert – dieser starb 1943 – und den Intuitionisten. Diese Diskussion hatte damals auch politische Aspekte. Aus welchen Gründen auch immer, die Axiomatische Schule wurde in der NS-Ideologie als dem deutschen Wesen fremd gesehen. Einer der Wortführer der Intuitionisten – der Holländer Brouwer, bei dem Karl Menger studiert hatte – währte sich zwar gegen die Einvernahme durch die Nazis, dennoch hatten sich Anhänger des Intuitionismus in der deutschen Mathematik der NS-Zeit durchgesetzt. Die Deutschen fühlen eben, was richtig ist!

Andererseits hatte der ebenfalls in Princeton arbeitende Kurt Gödel, den Protagonisten des Buches aus Wien her gut bekannt, gezeigt, dass sich das Hilbert'sche Programm nicht widerspruchsfrei realisieren lässt. Wie auch immer, von Neumann blieb dem axiomatischen Ansatz treu. Das hieß im konkreten Fall, alle psychologischen oder soziologischen Konzepte zur Analyse von wirtschaftlichen Handlungen aus wirtschaftstheoretischen Analysen auszuschließen. Dieses Programm – von Paul Samuelson bereits einige Jahre davor in seiner Theorie offener Präferenzen vertreten – wurde zur dominanten theoretischen Basis für die Wirtschaftstheorie. Auch wenn das manche als Sündenfall der Ökonomie sehen, ohne diese Basis wären präzise Aussagen nicht möglich. Frei-

lich darf man die theoretischen Ergebnisse nicht als Bild empirischer Wirklichkeit interpretieren.

Das Buch wurde von der Fachöffentlichkeit zunächst wenig wahrgenommen. Die wenigsten Ökonomen hatten eine dafür hinreichende mathematische Ausbildung. Leonard vermutet, dass selbst Morgenstern die formalen Aspekte der theoretischen Erneuerungen nicht voll verstanden hatte. Jedenfalls wurden eher die von ihm verfassten Teile des Buches gelesen, nämlich über Anwendungen. Es ist ähnlich wie bei Walras. Sein 1874 veröffentlichtes Werk blieb für Jahrzehnte den meisten Ökonomen verschlossen, erst sechzig Jahre später begann der Einfluss der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie zu steigen. Im Fall der Theorie der Unsicherheit und der Spieltheorie dauerte es auch einige Jahrzehnte. Heute ist eine universitäre Ausbildung ohne diese Instrumente undenkbar.

Die letzten Kapitel des Buches behandeln die anderen Aktivitäten der beiden in den USA. von Neumann wandte sich der angewandten Spieltheorie zu – militärischen Strategien. Er arbeitete für die Luftwaffen der USA und Großbritanniens im Krieg gegen Deutschland, und er war auch an der Entwicklung der Atombombe in Los Alamos beteiligt. Leonard zitiert aus Kari von Neumanns Tagebücher über den Schrecken, den ihr Mann bereits vor dem Abwurf der beiden Bomben in Japan angesichts deren Stärke befiel.

Das letzte Kapitel schildert das Wirken der beiden in und für die RAND Corporation, einem wichtigen *think tank* der USA im Kalten Krieg. Dabei ging es um fundamental strategische Fragen der Kriegsführung. Dazu kamen Arbeiten zur Ballistik, Flugabwehr und ähnlichen Themen. Spieltheoreti-

sche Methoden unterstützt von psychologischen Experimenten wurden weiterentwickelt.

Das Buch enthält sehr viel. Spezialisten für jeweils eine der behandelten Fragen werden sicher auf Unklarheiten und Auslassungen, vielleicht auch auf Fehler hinweisen können. Aber das Buch hat keine 400 Seiten. Es ist lesbar. Die Standardbiographie Marshalls hat mehr als 800 Seiten. Wer will denn so viel wissen? Die wesentliche Qualität des Werks: Die Darstellung mändriert. Die Entwicklung einer wissen-

schaftlichen Theorie wird nicht so dargestellt, als hätte sie zwingend so verlaufen müssen. Nicht: es wurde gedacht; sondern: es gab eine Geschichte. Es bedurfte zweier Protagonisten, eines genialen Mathematikers und eines Ökonomen. Deren Entwicklung und Zusammenspiel werden mit vielen anderen intellektuellen Entwicklungen dieser Zeit und der Geschichte der Katastrophen Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf faszinierende Weise geschildert.

Peter Rosner

---



---

### **Handbuch der Gesundheits- ökonomik**

Rezension von: Sherry Glied, Peter C. Smith (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Health Economics*, Oxford University Press, Oxford-New York 2011, 967 Seiten, gebunden, £ 85.

---



---

„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“. Dieses Zitat, welches (fälschlicherweise) Arthur Schopenhauer zugesprochen wird, drückt sehr anschaulich den multiplen Charakter von Gesundheit aus. Gesundheit ist einerseits ein Wert an sich, ist aber in dieser Eigenschaft kein alles andere dominierender Wert. Gesundheit ist aber andererseits eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass andere menschliche Aktivitäten möglich sind bzw. zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Dieser „strategische“ Charakter von Gesundheit ist letztlich auch ein Grund dafür, dass viele philosophische Traditionen an die Allokation von Gesundheit bzw. von Gesundheitsleistungen besondere Ansprüche von Gerechtigkeit und Fairness stellen. Es überrascht daher auch nicht, dass die Gesundheitspolitik in vielen Volkswirtschaften im Zentrum der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen steht, wobei der Fokus der Debatte in den „entwickelten“ Staaten naturgemäß ein anderer ist als in den Staaten der „Dritten und Vierten Welt.“

Was die Gesundheitspolitik weltweit aber wiederum eint, ist der Mangel an empirisch gestütztem Wissen über Wirkungszusammenhänge und darauf aufbauend über adäquate Politikstrategien. Eine Ursache dafür liegt in Trans-

ferverlusten zwischen der gesundheitswissenschaftlichen Forschung und der praktischen Anwendung in der Politik. Gesundheitsökonomische Forschung dokumentiert sich vorwiegend in spezialisierten Zeitschriften der Ökonomik und der Medizin. Dies hat für den an der politischen Umsetzung gesundheitsökonomischen Wissens Interessierten den Nachteil, dass es mit erheblichen Mühen und Kosten verbunden ist, den „*State of the Art*“ abzurufen.

Zeitschriften bzw. Institutionen, die sich der (elektronischen) Publikation von Metaanalysen (vgl. beispielsweise im Bereich der gesundheitsökonomischen Evaluierung die Angebote der Cochrane Collaboration) widmen, können hier eine Abhilfe schaffen. Handbücher bzw. Kompendien sind diesbezüglich ein zweites wichtiges Transferinstrument. Diese sind aber mit einem zweifachen Problem konfrontiert. Erstens ist es angesichts der Ausdifferenzierung der gesundheitswissenschaftlichen Forschung, deren Entwicklungsdynamik sowie wegen der raschen weltweiten elektronischen Verfügbarkeit von neuen Erkenntnissen vermessenen, einen „*State of the Art*“ überhaupt diagnostizieren zu wollen. Zweitens sind die zusätzlichen Erträge, die man sich durch das Verfassen von „Überblicken“ verdienen kann, in den aktuellen „Entlohnungsschemata“ der Gesundheitswissenschaften mehr als bescheiden.

Es stellt daher ein bemerkenswertes publizistisches Ereignis dar, wenn die renommierte Oxford University Press im Rahmen ihrer Reihe „Oxford Handbooks“ unter der Herausgeberschaft von Sherry Glied (Columbia University, USA) und Peter Smith (Imperial College Business School, UK) „*The Oxford Handbook of Health Economics*“ he-

rausgibt. Das Handbuch erscheint elf Jahre nach der ersten umfassenden Bestandsaufnahme der Gesundheitsökonomik.<sup>1</sup>

Eine Beurteilung des vorgelegten Handbuches kann aus verständlichen Gründen nur kursorisch und überblicksartig erfolgen, eine Detailkritik einzelner Beiträge ist dabei unmöglich. Als ein Maßstab für die Beurteilung des Handbuches seien dieser Besprechung die Zielvorstellungen des Verlages bzw. der Editoren für dieses Handbuch vorangestellt. Sie sehen das Handbuch als „*accessible and authoritative guide to health economics*“ für Studierende/Anwender der Gesundheitsökonomie sowie für Vertreter benachbarter Disziplinen wie Gesundheitspolitik und klinische Medizin. Im Vordergrund soll die gesundheitspolitische Aufbereitung gesundheitsökonomischer Erkenntnisse stehen, um die Leistungsfähigkeit gesundheitsökonomischer Ergebnisse für die Gesundheitspolitik ausloten zu können. Die Autorenauswahl stand dabei unter der Maxime, international anerkannte Vertreter der Gesundheitsökonomik zu Wort kommen zu lassen, um damit den weltweiten Stand der Gesundheitsökonomik reflektieren zu können. Der Anwendungsbezug soll dadurch dokumentiert werden, dass formale Techniken der Darstellung nur sehr moderat eingesetzt werden. „*The volume presents a view of health economics as a vibrant and continually advancing field, highlighting ongoing challenges and pointing to new directions for further progress.*“

Beginnen wir die Besprechung mit einigen Fakten. Das Handbuch umfasst auf insgesamt 967 Seiten 38 Einzelbeiträge von insgesamt 64 Autoren. Diese werden ergänzt durch ein gut über-

schaubares und damit sehr hilfreiches Sachverzeichnis. Jeder Beitrag enthält ein sehr ausführliches Literaturverzeichnis, in welchem insbesondere die Publikationen der letzten zehn Jahre sehr gut dokumentiert sind. Damit wird – dies sei vorweg genommen – der Zielsetzung des Handbuches, Dokument eines lebendigen und kontinuierlich fortschreitenden Forschungsfeldes zu sein, durchaus überzeugend Rechnung getragen. Der Netto-Text (ohne Sachverzeichnis, Literaturverzeichnis etc.) beläuft sich auf ca. 770 Seiten. Dies ergibt pro Themenbereich eine durchschnittliche Länge von 20 Seiten mit akzeptablen Schwankungen zwischen den Beiträgen. Dies mag als triviales „Seitenzählen“ empfunden werden, ist es jedoch nicht. Für jeden Insider ist klar, dass es einer erheblichen Verdichtungsleistung bedarf, den „*State of the Art*“ in einem Themenfeld (z. B. über die Ökonomik der biopharmazeutischen Industrie) innerhalb dieses Seitenlimits adäquat darzustellen. Es sei nur darauf verwiesen, dass das bereits zitierte „*Handbook of Health Economics*“ 2000 von Culyer/Newhouse mehr als die doppelte Seitenzahl hat.

Den 38 Beiträgen (inklusive Einleitung) des Handbuches fehlt in der Gliederung eine weitere explizite thematische Zuordnung. Die Herausgeber ordnen in ihrer Einleitung die Beiträge aber den nachfolgenden Fragestellungen zu:

1. Warum sind einige Leute gesund und andere nicht?
2. Was ist der beste Weg, um das Angebot von Gesundheitsleistungen zu organisieren und zu honorieren?
3. Wie viel soll eine Gesellschaft für Gesundheitsleistungen ausgeben, und für welche Zwecke sollen die Ressourcen verwendet werden?

#### 4. Wie sollten Gesundheitsleistungen finanziert und verteilt werden?

Das Handbuch beginnt inhaltlich mit Überblicken über „*Health Systems in Industrialized Countries*“ (Frogner/Hussey/Anderson) und über „*Health Systems in Low and Middle-Income Countries*“ (Mills). Beide Beiträge sind instruktiv und kompakt, ermöglichen aber wohl nur einen ersten Zugang zu den Gesundheitssystemen in der Realität. Fragen des Wachstums der Gesundheitsausgaben werden von der Systembeschreibung getrennt und in einem eigenen Beitrag (Chernew/May) behandelt.

Der oben als Themenfeld 1 bezeichneten Fragestellung widmen sich – je nach Abgrenzung – elf Beiträge. Der Bogen spannt sich dabei von den Auswirkungen von Gesundheit auf Einkommen und Wohlbefinden (Jack) über die Gesundheitsproduktion (Bolin), den Zusammenhang von sozioökonomischem Status und Gesundheit (Cutler/Lleras-Muney/Vogl), die Ökonomik des Suchtverhaltens (Kenkel/Sindelar), die Determinanten der Kindergesundheit (Baker/Stable) bis zur Ökonomik der Prävention (Hall) und der Ökonomik geistiger Gesundheit (Frank).

Im Themenfeld 2 werden *Managed Care* (Baker), die Organisation des Krankenhauses (Barros/Olivella), der Arztpraxis (Scott/Jan) und von Langzeitpflege (Fernandez/Forder/Knapp), die Ökonomik der biopharmazeutischen Industrie (Danzon), der Zusammenhang von Agentenfunktion des Arztes und Honorierungssystem (McGuire sowie Christianson/Conrad), die Rolle und Effekte nichtpreislicher Rationierung und von Warteschlangen im Gesundheitswesen (Iversen/Siciliani), die Effekte des zunehmenden Wettbewerbs auf Gesundheitsmärkten

(Propper/Leckie) und das Humankapital im Gesundheitswesen (Bärnighausen/Bloom) behandelt.

Im Themenfeld 3 werden schwerpunktmäßig ökonomische Techniken der Evaluierung angesprochen. So stellen Walker/Sculpher/Drummond das Konzept der Kostenwirksamkeitsanalyse dar, Griffin/Claxton beschäftigen sich mit der wichtigen Frage der Unsicherheit im Rahmen von Kostenwirksamkeitsanalysen, und Rowen/Brazier widmen sich der Gesundheitsnutzenmessung. Diese eher mikroökonomisch verorteten Perspektiven werden ergänzt durch drei Beiträge, die stärker die Meso-/Makroperspektive der Effizienzmessung im Gesundheitswesen betonen. Burgess/Street beschäftigen sich mit der Messung der organisatorischen Performanz im Gesundheitswesen, Triplett erörtert Konzepte zur Messung der Produktivität von Gesundheitssystemen, und Jones/Rices erörtern ökonometrische Techniken der Evaluierung von Gesundheitspolitiken.

In Themenbereich 4 finden sich Beiträge zu den verschiedenen Formen der Gesundheitsfinanzierung (Öffentliche Finanzierung: Blomquist; Private Krankenversicherung: Zweifel; Mindeststandards in der Versicherung bei Wettbewerb: Van de Ven/Schut; Selbstbeteiligung: Schokkaert/Van de Voorde) und zu Fragen der Gerechtigkeit/Fairness/Ungleichheit im Gesundheitswesen (Olsen) bzw. deren Messung (Van Doorslaer/Ourti). Der Beitrag von Sheiner ergänzt die Diskussion durch die Analyse intergenerativer Aspekte der Gesundheitsversorgung. Ein Beitrag setzt sich mit „*The Political Economy of Health Care*“ (Tuohy/Glied) auseinander. Maynard/Bloom thematisieren in ihrem abschließenden

Beitrag die Erfolge/Misserfolge/Fallstricke in der politischen Umsetzung gesundheitsökonomischer Erkenntnisse.

Im Folgenden sollen – bei allen Verallgemeinerungsvorbehalten – einige Eindrücke referiert werden, die für den potenziellen Leser/Nutzer des Handbuchs Orientierungshilfe sein können.

Vom methodischen Zugang her dominiert insgesamt ein mikroökonomisch fundierter verhaltensorientierter Ansatz. Andere ökonomische Denktraditionen (Österreichische Schule, marxistische Ökonomie, etc.) spielen praktisch keine Rolle. Der verwendete verhaltensorientierte Ansatz wird aber andererseits in ausreichender Weise modifiziert, um den verschiedenen Besonderheiten von Gesundheit und von Gesundheitsleistungen (z. B. asymmetrische Information, Dominanz von Prinzipal-Agent-Beziehungen, Existenz von intertemporaler Irrationalität bzw. begrenzter Rationalität) Rechnung zu tragen und um empirisch gehaltvolle Hypothesen bilden zu können.

Mit diesen mikroökonomischen methodischen Ansätzen korrespondiert die Anwendung mikroökonomischer bzw. mehrstufiger Methoden auf der empirischen Seite. Diese Methoden, die auf Individual- bzw. auf „Mehr-Ebenen“-Daten beruhen, tragen dem Umstand Rechnung, dass individuelle Gesundheit (i) von individuellen Eigenschaften (z. B. dem Einkommen), (ii) von der relativen Position der individuellen Eigenschaft im Verhältnis zur Eigenschaft im Aggregat (z. B. von der Einkommensverteilung in einer Region), (iii) vom Aggregat der individuellen Eigenschaften (z. B. das Durchschnittseinkommen in einer Region) und (iv) von genuinen Aggregatseigenschaften (z. B. die klimatischen Voraussetzungen in einer Region) abhängen.

Die in älteren gesundheitsökonomischen Publikationen bzw. in der Gesundheitspolitik dominierende, teilweise auch stark ideologiebehaftete Dichotomie „Markt vs. Staat“ ist einer wesentlich differenzierteren Sichtweise der möglichen Vorteile/Nachteile von institutionellen Designs und dem Wunsch, empirisches Wissen darüber zu gewinnen, gewichen. Dies zeigt sich beispielsweise in der Analyse der Kostenbeteiligung (Schokkaert/Van de Voorde), der Untersuchung der Auswirkungen einer verstärkten Rolle des Wettbewerbs im Gesundheitswesen (Propper/Leckie) und in der Diskussion von Bausteinen eines optimalen Honorierungssystems von Anbietern (Ärzten, Krankenhaus) im Gesundheitswesen (McGuire, Christianson/Conrad).

Das Postulat der Anwendungsorientierung ist im Großteil der Beiträge erfüllt, eine technisch-formale Sprache wird nur sehr moderat verwendet. Der Bezug zu den institutionellen Regelungen in bestimmten Gesundheitssystemen ist zwangsläufig gegeben, systematische Überblicke über die institutionellen Rahmenbedingungen in einzelnen Ländern finden sich aber nur sehr vereinzelt. Wenn auf Regeln und Organisationen Bezug genommen wird, wird zumeist versucht, die Auswirkungen unterschiedlicher institutioneller Regime auf das Entscheidungsverhalten der Akteure im Gesundheitswesen und auf das Ergebnis zu erheben. Dies macht die diesbezüglichen Ausführungen, auch wenn sie im Gesundheitssystem eines Landes verortet sind, für den interessierten Leser generell attraktiv. In dieser Hinsicht ist dieses Handbuch auch als wesentlich universeller zu qualifizieren als das „Handbook of Health Economics“ (2000), welches institutionell-organisatorisch

sehr stark auf den Gegebenheiten in den USA fußte.

Das Spannungsfeld „normative – positivistische“ Betrachtungsweise wird insgesamt zugunsten einer stärker positivistischen Betrachtungsweise entschieden. Dies trägt dem Postulat Rechnung, dass die empirische Identifizierung von Ursache-Wirkungszusammenhängen deren Optimierung vorangehen soll. Das bedeutet nicht, dass normative Fragestellungen vollkommen ausgegrenzt werden. So werden die Fragen der optimalen Gestaltung von Anreizsystemen im Gesundheitswesen (Honorierungssysteme, Finanzierungssysteme) auf der Basis ausführlicher theoretischer und empirisch abgesicherter Erkenntnisse zu beantworten versucht. Die vorgestellten Modelle sind auch institutionell entsprechend angereichert, um der hohen Regulierungsintensität dieses Sektors gerecht zu werden und um die Aussagen für die praktische Gesundheitspolitik fruchtbar zu machen.

Wenngleich mit einem Beitrag (Tuohy/Glied) vertreten, bleibt die „Politische Ökonomie des Gesundheitswesens“ (auch) in diesem Handbuch ein Randthema, was angesichts der großen Bedeutung von einflussreichen „Veto-Spielern“ im Gesundheitswesen und deren Bedeutung in Reformprozessen bedauert werden darf.

Das Handbuch ist hinsichtlich der angesprochenen Themenbereiche sehr umfassend und nicht auf die Bedürfnisse eines bestimmten Typs eines Gesundheitssystems (z. B. Beveridge- vs. Bismarck-Modell) zugeschnitten. Auch in der thematischen Prioritätensetzung orientiert sich das Handbuch an den aktuellen wissenschaftlichen Diskussionen, ein Umstand, der im Folgenden noch etwas untermauert werden soll.

Wagstaff/Culyer haben in einer aktuellen Publikation die letzten vierzig Jahre der gesundheitsökonomischen Forschung unter bibliometrischen Gesichtspunkten aufgearbeitet.<sup>2</sup> Sie unterteilen die Gesundheitsökonomik in zwölf Themenfelder und ordnen dann den publizistischen Output diesen Themenfeldern zu. Tabelle 1 zeigt das Ergebnis dieser Zuordnung. Die ersten vier Spalten zeigen den Output in den vier 10-Jahres-Perioden. Die Spalte 5 zeigt den Output über den gesamten Zeitraum. Als Output für die einzelnen Perioden wird dabei herangezogen, wie oft die Publikation zu einem Themenfeld unter den fünfzig in einer Periode am häufigsten zitierten Publikationen war. Als Output für den gesamten Zeitraum wurde herangezogen, wie oft die Publikationen zu einem Themenfeld unter den 300 im gesamten Zeitraum (1971-2011) am häufigsten zitierten Publikationen waren.

Die statistische Auswertung ergibt, dass über den gesamten Beobachtungszeitraum die Themenfelder „Determinanten der Gesundheit“ zusammen mit dem eng verwandten Themenbereich „Public Health“ dominierend waren, gefolgt vom Themenfeld „Ökonomische Evaluierung“ sowie „Gesundheit und Wirtschaft“, „Krankenversicherung“ und „Gesundheitsleistungsangebot“. Betrachtet man die einzelnen Perioden, so erkennt man aber deutliche Verschiebungen in den Prioritäten über die Zeit. Auffällig ist, dass die Bereiche „Determinanten der Gesundheit“ und „Public Health“ über die Zeit deutlich an Bedeutung gewonnen haben, während die „klassischen Felder“ der Gesundheitsökonomik (insbesondere Gesundheitsleistungsangebot, Nachfrage nach Gesundheitsleistungen) an Einfluss verloren haben.



**Tabelle 1: Zuordnung des gesundheitsökonomischen publizistischen Outputs auf ausgewählte Themenfelder**

Themenfeld	Periode				
	1971/80	1981/90	1991/00	2000/11	1971/11
Gesundheit und ihr Wert (Outputmessung)	3	1	4	2	15
Effizienz und Gerechtigkeit	2	2	3	4	19
Determinanten der Gesundheit	2	4	6	9	42
Public Health	2	5	2	6	28
Gesundheit und Wirtschaft	5	4	5	4	28
Gesundheitsstatistik und Ökonometrie	0	1	5	9	16
Nachfrage nach Gesundheit/Gesundheitsleistungen	3	3	3	1	13
Krankenversicherung	9	3	4	3	24
Gesundheitsleistungsangebot	12	9	3	2	25
Humankapital im Gesundheitswesen	6	4	3	3	16
Märkte im Gesundheitswesen	0	3	0	0	7
Ökonomische Evaluierung	1	2	5	3	30
<b>Gesamt</b>	<b>45</b>	<b>41</b>	<b>43</b>	<b>46</b>	<b>263</b>

Quelle: Wagstaff/Culyer (2011) und eigene Ergänzungen. (Die Darstellung addiert sich nicht auf 50 bzw. 300, weil einzelne Beiträge diesen Themenfeldern nicht zugeordnet werden konnten.)

Dies signalisiert einen deutlichen Paradigmenwechsel in der Gesundheitsökonomik, der durch Michael Grossmans bahnbrechenden Aufsatz „*On the Concept of Health Capital and the Demand for Health*“<sup>3</sup> eingeleitet wurde. Das von Grossman entwickelte Konzept der individuellen „Gesundheitsproduktion“ mit der daraus folgenden Nachfrage nach Gesundheitsleistungen als einer abgeleiteten Nachfrage hat – bei allen Differenzierungen im Zugang – eine tragfähige Verbindung zu Forschungsansätzen im Bereich von „*Public Health*“ geschlagen. Selbst wenn man dem hinter dem Grossman-Modell stehenden individuellen Optimierungskalkül zu Recht kritisch begegnet, eröffnet das Konzept Wege, um systematisch über sozioökonomische und verhaltensbedingte Einflussfaktoren von Gesundheit nachzudenken und belastungsfähige Designs für

die empirische Überprüfung von Hypothesen zu entwickeln. Das vorgelegte Handbuch ist von diesem Paradigmenwechsel geprägt. Die zahlreichen Beiträge zur Fragestellung „Warum sind einige Leute gesund und andere nicht?“ dokumentieren dies sehr deutlich. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang insbesondere der sehr gelungene Beitrag von Cutler/Lleras-Muney/Vogl „*Socioeconomic Status and Health: Dimensions and Mechanisms*“.

Die geografische Herkunft der AutorInnen spiegelt die weltweite Landkarte der Produktion gesundheitsökonomischer Erkenntnisse ziemlich gut wider. (Für Interessierte sei auf die bereits zitierte Auswertung von Wagstaff/Culyer 2011 verwiesen.) 40% der AutorInnen kommen aus den USA, 30% aus UK. Der deutschsprachige Raum ist nur mit einem Autor vertreten. AutorInnen aus Forschungsstätten in Afrika und Süd-

amerika fehlen vollkommen, was man angesichts der weltweiten Verteilung gesundheitspolitischer Probleme zu Recht bedauern darf.

Das weitgehende Fehlen von AutorInnen aus der Dritten und Vierten Welt bedeutet aber nicht zugleich, dass die gesundheitspolitischen Probleme dieser Länder überhaupt nicht angesprochen werden. So findet sich zumindest ein Beitrag zu „*Health Systems in Low- and Middle-Income Countries*“ (Mills) und ein Beitrag zu „*Economics of Infectious Diseases*“ (Laxminarayan/Malani). Grundsätzlich ist auch zu konzedieren, dass sich die Ökonomik als Universalwissenschaft versteht, deren methodische Ansätze generell einsetzbar sind. Die beobachtete geografische Konzentration der Autoren ist aber natürlich nicht ohne Konsequenzen, weil gesundheitsökonomische Forschung nicht losgelöst von existierenden Gesundheitssystemen sowie deren impliziten und expliziten Wertungen und Strukturen erfolgt.

Der Anspruch der Herausgeber, international anerkannte Vertreter der Gesundheitsökonomik zu Wort kommen zu lassen, kann insgesamt als eingelöst angesehen werden. Zahlreiche AutorInnen bzw. Forschungsinstitutionen, aus denen die AutorInnen des Handbuches stammen, figurieren unter den Top 100 der Wagstaff/Culyer-Liste. Nur 14 der 58 Autoren des „*Handbook of Health Economics*“ 2000 leisten auch Beiträge zum aktuellen Handbuch, was auch ein Signal für die Dynamik und Durchlässigkeit des wissenschaftlichen Prozesses ist. Entwicklungsgeschichtlich könnte man etwas zugespitzt sagen, dass die Beiträge zu diesem Handbuch in den USA von der dritten Generation und in Europa von der zweiten Generation der Ge-

sundheitsökonomien geschrieben wurde.

Die einzelnen Beiträge dieses Handbuches weisen insgesamt eine vertretbare Inhomogenität in der Art der Aufbereitung der Thematik auf. Insgesamt dominiert der „Überblickscharakter“, vereinzelt finden sich aber auch Beiträge, die eigene aktuelle Forschungen klar in den Vordergrund stellen. Trotz vereinzelter Kritikpunkte stellt das vorgelegte Handbuch einen wichtigen Baustein in der Entwicklung der Gesundheitsökonomik dar. Es ist gelungen, das – insbesondere in den letzten zehn Jahren – erarbeitete und dezentral verstreute Wissen zu verdichten und in vielen Themenfeldern einen Einblick in eine sich rasch entwickelnde Disziplin zu geben. Dabei steht die Anwendungsorientierung im Vordergrund, der theoretisch Interessierte findet aber ausreichend Hinweise für vertiefende Literaturquellen.

Obwohl das formelle und informelle Design eines Gesundheitssystems vom „Bismarck-Typ“ in diesem Handbuch keine Rolle spielt, sind die Erkenntnisse des Handbuchs auch für den auf die Institutionen/Probleme des österreichischen Gesundheitswesens fokussierten Leser/Nutzer von großer Relevanz.

Engelbert Theurl

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Culyer, A. J.; Newhouse, J. P. (Hrsg.), *Handbook of Health Economics*, 2 Bde. (Amsterdam 2000).
- <sup>2</sup> Für Details siehe Wagstaff, A.; Culyer, A. J., *Four Decades of Health Economics through a Bibliometric Lens* (= *The World Bank, Policy Research Working Paper No. 5829*).
- <sup>3</sup> *Journal of Political Economy* (1972) 80.

---



---

### Russlands Geschichte aus neuer Perspektive

Rezension von: Paul Bushkovitch,  
A Concise History of Russia, Cambridge  
University Press, New York 2012,  
491 Seiten, broschiert, £ 19,99.

---



---

Die sowjetische Historiografie war teleologisch: Die russische Geschichte vom 10. bis zum 19. Jahrhundert war nichts als eine Vorgeschichte der Geschehnisse ab 1917. Und bis 1991 war Russland für viele Historiker außerhalb der Sowjetunion in erster Linie ein Land, wo versucht wurde, eine Idee – den Kommunismus – in die Tat umzusetzen. Auch für diese Historiker war die Geschichte Russlands bis 1917 vor allem eine Vorgeschichte. Ihre Debatten kreisten um Fragen wie: War der Kommunismus ein Ergebnis der russischen Geschichte? Machte die Modernisierung Russlands den Umsturz von 1917 unvermeidlich?

Seit 1991 ist eine Flut an Publikationen zur russischen Geschichte vor und nach 1917 erschienen – Monografien und Zeitschriftenbeiträge zu den verschiedensten Aspekten sowie Biografien, Quellensammlungen usw. –, sowohl aus der Feder von russischen als auch von nichtrussischen Historikern. Für diese Wissenschaftler ist die russische Geschichte von den Kiewer Rus bis zum Ersten Weltkrieg nicht mehr bloße Vorgeschichte, und die Epoche 1917-1991 ist nur noch eine unter vielen anderen – wenngleich aus dem Blickwinkel des frühen 21. Jahrhunderts eine besonders wichtige.

Auch die vorliegende „Kurze Geschichte Russlands“, eine Veröffentlichung im Rahmen der „Concise Histo-

ries“-Reihe von CUP, spiegelt diesen Perspektivenwechsel wider: „*With the end of the Soviet Union, Russian history no longer has to be the story of the unfolding of one or another idea. It has become the continuous history of a particular people in a particular place.*“ (S. XVIII), schreibt der Autor Paul Bushkovitch, seit den 1970er-Jahren Professor für Geschichte an der renommierten Yale University in New Haven, Connecticut, im Vorwort.

Bushkovitch ist Fachmann für russische Geschichte und u. a. Autor von „The Merchants of Moscow, 1580-1650“ (1980), „Religion and Society in Russia: The Sixteenth and Seventeenth Centuries“ (1991) und „Peter the Great: The Struggle for Power, 1671-1725“ (2001).

Der Autor hat es verstanden, auf 460 Seiten eine übersichtliche und gut lesbare Einführung in 1100 Jahre russischer Geschichte zu schreiben – eine bewundernswerte Leistung. Bushkovitch berichtet, was bekannt ist – auf dem neuesten Stand der Forschung –, und bietet, wo immer möglich, Erklärungen an, fasst neue Interpretationen, die auf vormals nicht erschließbaren Quellen beruhen, zusammen. Der Verfasser weist freilich schon im Vorwort auf die scheinbar paradoxe Tatsache hin, dass infolge der Vielzahl von neuen Fachpublikationen das Verstehen vor allem der sowjetischen Ära russischer Geschichte eher schwieriger denn einfacher geworden ist. Immer neue Fragen tauchen auf, die während des Kalten Kriegs noch gar nicht diskutiert wurden. Vieles bleibt deswegen unerklärt.

Bushkovitchs Darstellung umfasst politische, soziale, wirtschaftliche und religiöse Aspekte. Zudem befassen sich vier Spezialkapitel mit Kulturge-

schichte und auch den international bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen in Russland.

Schwerpunkte der „Kurzen Geschichte“ sind das 19. und das 20. Jahrhundert. Rund 140 Seiten sind der russischen Geschichte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gewidmet.

Eine der besonderen Stärken des Bandes liegt darin, dass es in jedem Kapitel einen roten Faden gibt, den der Autor nicht verliert. Beispielsweise konzentrieren sich die Kapitel 17 „Compromise and Preparation“ und 19 „Building Utopia“ darauf, welche konkreten Umsetzungen die Ideen „Sozialismus“ bzw. „Kommunismus“ und „Diktatur des Proletariats“ unter den harschen externen Bedingungen (Bürgerkrieg mit ausländischer militärischer Beteiligung bzw. Umringtsein von einer Welt von Feinden) fanden und insbesondere welche wirtschaftspolitischen Strategien gewählt wurden, um das Überleben des neuen Regimes auch im Falle eines Angriffs kapitalistisch-imperialistischer Mächte, den die sowjetischen Führer bald erwarteten, zu gewährleisten. In diesen Auseinandersetzungen über wirtschaftspolitische Strategie rückte die Frage der Industrialisierung in den Mittelpunkt.

Leo Trotzki und der Ökonom Jewgeni Preobraschenski vertraten den Standpunkt, dass der Landwirtschaft durch Konfiskationen und rasche Kollektivierung Ressourcen – Ernteerträge und Arbeitskräfte – zu entziehen wären, die für eine extrem beschleunigte Industrialisierung verwendet werden sollten. Bekanntlich lehnte Stalin, seit 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der KP, das Konzept des zentral gesteuerten Industrialisierungsschubs und damit die Abkehr von der „Neuen Ökonomischen Politik“ zu-

nächst ab und verbündete sich zu diesem Zweck mit Bucharin. 1927 setzten sich diese beiden in dem Konflikt durch, und Trotzki wurde nach Alma-Ata und dann ins Ausland verbannt. Die NÖP, kombiniert mit verstärkten Investitionen im Industriebereich, schien zu triumphieren.

Doch Anfang 1928 änderte Stalin seine Meinung. Ausgelöst wurde dieser Umschwung offenbar durch große Schwierigkeiten, die Städte mit Getreide zu versorgen, und daraufhin eingeleitete, erfolgreiche Getreidekonfiskationen im Uralgebiet und in Westsibirien, die er persönlich leitete (S. 324). Rasche und mit allen Mitteln durchzusetzende Kollektivierung der Landwirtschaft und hyperakzelerierte Industrialisierung, das war Stalins neue Linie, die er gegen alle Widerstände durchsetzte, womit er Ende 1929 die uneingeschränkte Führung der Partei erlangte.

Die Folgen sind heute bekannt: Zwangskollektivierung, Erntekonfiskationen und schlechtes Wetter hatten 1932 in der Ukraine, Südrussland und Kasachstan eine Hungerkatastrophe zur Folge, der zwischen fünf und sieben Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die brachial neu organisierte Landwirtschaft blieb der Schwachpunkt der sowjetischen Wirtschaft: Ende der 1930er-Jahre waren die Kolchosen knapp in der Lage, auch jene 31% der Bevölkerung mit Getreide zu versorgen, die mittlerweile in den Städten lebten. Fleisch und Milch entstammten überwiegend den kleinen privaten Parzellen, welche die Landbevölkerung auch nach der Kollektivierung bewirtschaften durfte. Aufgrund der forcierten Industrialisierung stieg die Anzahl der ArbeiterInnen in der Sachgüterproduktion von 3,8 Mio. 1928

auf 10,1 Mio. 1937. Hinsichtlich der Industrieproduktion rangierte die Sowjetunion 1940 weltweit bereits an dritter Stelle, übertroffen nur von den USA und Deutschland. Viele der neuen Fabriken hatten moderne Ausrüstung, und viele neue Industriestandorte befanden sich im Ural und in Sibirien: Beides war mit entscheidend dafür, dass die sowjetische Wirtschaft 1941/42

nicht kollabierte. Das Land war Ende der 30er-Jahre imstande, die Rüstungsproduktion erheblich zu steigern, ohne die Konsumgütererzeugung übermäßig drosseln zu müssen. *„This was not nearly the promised utopia, but it did provide the basis of the Soviet version of a modern society. It was just barely enough“* (S. 369).

Martin Mailberg